

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59

Sicher leben in Berlin – wir wollen Urbane Sicherheit!
12.04.2018 | Entwurf eines Beschlusstextes für die SPD-Berlin

1. Dynamische Stadtgesellschaft: Wachstum, Vielfalt und soziale Polarisierung

In einer wachsenden, sich zunehmend fragmentierenden und dynamischen Stadtgesellschaft gehört die Gewährleistung der sozialen und persönlichen Sicherheit ihrer Mitglieder zu den wichtigsten politischen Herausforderungen aktueller Stadtpolitik. Die Menschen wollen ihr Leben selbstbestimmt führen. Voraussetzungen sind soziale und persönliche Sicherheiten, die es erlauben längerfristig zu planen, im eigenen Lebensverlauf erstrebenswerte Ziele zu verfolgen und nicht allein aus Zwängen heraus zu handeln. Wir wollen Sicherheit für alle Menschen in ihrer Verschiedenheit und unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Einkommen, Alter, Gesundheit, kulturellem Hintergrund, religiöser oder sexueller Orientierung.

Berlin wächst und diese Entwicklung ist verbunden mit einer zunehmenden Diversität und sozial-räumlicher Ungleichheit, welche die Gelegenheiten für Gewalt und Kriminalität in den Sozialräumen beeinflussen. Soziale Ungleichheit bildet sich zunehmend in den Berliner Kiezen ab. Dieser Trend vollzieht sich vor dem Hintergrund der zunehmenden Polarisierung von Einkommen im Kontext der Deregulierung des Wohnungsmarktes der vergangenen Jahrzehnte. Die Wohnungsknappheit, insbesondere für Menschen mit mittleren und unteren Einkommen, wird durch fortschreitende Gentrifizierung von innerstädtischen Quartieren verstärkt. Wir beobachten eine Konzentration von Haushalten mit niedrigem Einkommen in Stadtquartieren mit sozialen Konflikten und zum Teil mit baulichen Mängeln. Dieser Prozess muss durch Erhalt von gutem und günstigem Wohnraum, Ausbau von Rechten der Mieterinnen und Mieter und durch die Schaffung neuer Wohnungen durch sozialen, städtischen und genossenschaftlichen Wohnungsbau aufgehalten werden.

Die sozial-räumliche Polarisierung in der Stadt, insbesondere in Bezug auf Armut und Chancen, steht in einem Zusammenhang mit ungleicher Verteilung von Gewalt und Kriminalität. Sozial benachteiligte Quartiere sind stärker von sozialer Desintegration, sozialen Spannungen und situativen Gelegenheiten für Gewalt und Kriminalität betroffen. Dies bedeutet auch, dass Gewalt und Kriminalität räumlich ungleich in der Stadt verteilt sind (vgl. auch Berliner Monitoring Jugenddelinquenz).

Gleichzeitig besteht mit einer steigenden Privatisierung von Sicherheit die Gefahr, dass Zugänge zu Sicherheitsleistungen in der Stadt ebenso ungleich verteilt werden. Deshalb ist eine Unterstützung vor allem in jenen Quar-

1 tieren notwendig, die mit geringeren Ressourcen ausge-
2 stattet und durch soziale Konflikte besonders betroffen
3 sind. Darüber hinaus beeinflussen die zunehmende Be-
4 deutung von Cyber-Gewalt und politisch-religiöser ex-
5 tremistischer Gewalt die Sicherheitslage in der Stadt.

6
7 Unser Ziel ist ein strategisch koordiniertes Handeln, das
8 sowohl auf Opferschutz und Prävention, als auch auf
9 die Reduktion tatbegünstigender Faktoren abzielt. Dies
10 wird durch aktive Gestaltung von Wachstum und Viel-
11 falt der Stadt und Aufhebung von sozialer Polarisierung
12 ermöglicht.

13
14 **2. Urbane Sicherheit verbindet soziale und persönliche**
15 **Sicherheit**

16 Urbane Sicherheitspolitik verbindet Strategien für so-
17 ziale und persönliche Sicherheit, denn alle zusammen
18 sind die Voraussetzungen für die Steigerung der Lebens-
19 qualität einer Gesellschaft. Soziale Sicherheit bedeutet
20 die Absicherung von Lebensrisiken und den Ausgleich
21 sozialer Ungleichheiten. Auf städtischer Ebene wird
22 dies insbesondere durch eine aktive Arbeitsmarktpoli-
23 tik, soziale Steuerung des Wohnungsmarktes, ein star-
24 kes öffentliches Bildungswesen, Zugang zu Daseinsver-
25 sorgung, verlässlicher Infrastruktur, Gesundheit, Kultur
26 etc. umgesetzt.

27
28 Persönliche Sicherheit stellt die Abwesenheit von
29 hauptsächlich durch Gewalt und Kriminalität beding-
30 ten Verlust von Besitz, körperlichen Schäden, Stress und
31 Angstzuständen in den Mittelpunkt stadtpolitischen
32 Handels. Zentral sind hier Maßnahmen der Prävention,
33 Gefahrenabwehr und Strafverfolgung.

34
35 Die Bürgerinnen und Bürger erwarten verlässliche
36 staatliche Institutionen, die – hier besonders die Poli-
37 zei – ihren Aufgaben nachkommen und so für persön-
38 liche Sicherheit sorgen: Sicht- und Ansprechbarkeit und
39 sowie Fairness im Auftreten sind wichtige Bestandteile,
40 die das hohe Vertrauen der Bevölkerung in die Berliner
41 Polizei weiter ausbauen werden.

42
43 Unsere Politik der Urbanen Sicherheit will ein gesell-
44 schaftliches Klima schaffen, das die Verantwortung al-
45 ler für den sozialen Frieden bewusst macht und fördert
46 sowie an den Wurzeln von Kriminalität und Gewalt an-
47 setzt. Dies bedeutet für uns Integrierte Sicherheitspoli-
48 tik.

49
50 Akteure der Inneren Sicherheit müssen sich der sozial-
51 politischen Bezüge ihrer Politik bewusst sein: Im Gegen-
52 satz zu konservativen und populistischen Positionen
53 wollen wir nicht Arme verdrängen, sondern Armut und
54 soziale Polarisierung bekämpfen, werden wir nicht Ge-
55 flüchtete diskriminieren, sondern die Integrationspoli-
56 tik vorantreiben und wir werden nicht Jugendliche kri-
57 minalisieren, sondern durch aktive Bildungs-, Jugend-
58 und Arbeitsmarktpolitik ihre Teilhabe sichern.

1
2 Wir wollen soziale Polarisierung aufheben und Vielfalt
3 gestalten. Unsere Idee ist, bei der Betrachtung von Ge-
4 walt und Kriminalität in der Stadt, bei der Bekämpfung
5 dieser Phänomene und der Prävention soziale und per-
6 sönliche Sicherheit in integrierte Strategien zusammen-
7 zuführen.

8
9 In einer dynamischen Stadtgesellschaft ist die Stärkung
10 der Urbanen Sicherheit ein ständiger Prozess, der durch
11 eine Vielzahl von unterschiedlichen Sicherheitsbedar-
12 fen geprägt ist, für die wiederum Kompromisse gefun-
13 den werden müssen. Diese Herausforderung braucht
14 ressortübergreifende Zusammenarbeit im Senat und in
15 den Bezirken ebenso, wie den Austausch mit sozialen
16 Akteuren und den Bürgerinnen und Bürgen in ihren
17 Quartieren. Um diese Arbeit zu gewährleisten, haben
18 wir in Berlin eine Landeskommission Berlin gegen Ge-
19 walt eingerichtet und wollen in allen Bezirken Arbeits-
20 gremien der Prävention von Gewalt und Kriminalität
21 etablieren.

22 23 **3. Gute Arbeit, sichere Beschäftigung und solidarisches** 24 **Grundeinkommen**

25 Eine Grundbedingung sozialer Sicherheit ist es, gute Ar-
26 beit und sichere Beschäftigung für alle Berlinerinnen
27 und Berliner zu erreichen. Die Digitalisierung der Arbeit
28 wird dabei die zentrale Herausforderung städtischer Ar-
29beitsmarktpolitik sein. Den Chancen von hochwertigen
30 Tätigkeiten, Kreativität und Souveränität bei Arbeitszeit
31 und Arbeitsort stehen Gefahren von Arbeitsplatzver-
32 lusten und Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen ge-
33 genüber. Soziale Sicherheit muss durch Regelungen in
34 Form von Mindesthonoraren für Solo-Selbständige (z.B.
35 in der Dienstleistungs-, Kultur- und Kreativwirtschaft)
36 und arbeits- und sozialrechtlichen Mindestschutz bei
37 der Gestaltung von Arbeitsverhältnissen gewährleistet
38 werden.

39
40 Unfreiwillige Teilzeit und befristete Arbeitsverträge
41 schaffen das Gefühl von Unsicherheit und wirken
42 sich negativ auf Lebensplanungen aus. Der öffentliche
43 Dienst geht hier voran: Berlin schafft alle sachgrundlo-
44 sen Befristungen in der Verwaltung, an den Hochschu-
45 len sowie bei den Landesunternehmen einschließlich
46 ihrer Beteiligungen ab. Wir setzen konsequent den Min-
47 destlohn durch – v. a. bei den öffentlichen Vergaben.

48
49 Mit unserer Initiative für ein solidarisches Grundein-
50 kommen wollen wir für Menschen, die schon länger ar-
51beitslos sind oder deren bisherige Arbeitsplätze durch
52 die Umgestaltung der Arbeitswelt zukünftig verloren
53 gehen, Möglichkeiten für eine befriedigende und exis-
54 tenzsichernde Erwerbsarbeit schaffen. In Kombinati-
55 on mit einer Bürgerversicherung entwickeln wir so ei-
56 ne breite Absicherung gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit
57 und Altersarmut.

58

1 Das solidarische Grundeinkommen soll eine grund-
2 legende Alternative zu den bisherigen Instrumenten des
3 Sozialsystems ALG II sein, das noch zu oft Langzeitar-
4beitslosigkeit nur verwaltet und zu prekären Beschaf-
5fungsverhältnissen wie Leiharbeit, Zeitverträge und
6schlecht oder gar nicht bezahlte Praktika führen kann. In
7Berlin sind aktuell 46.000 Personen als langzeitarbeits-
8los registriert. Diesen Menschen eine Perspektive anzu-
9bieten, ist unser Ziel. Auch die sich durch Digitalisierung
10und Globalisierung verändernde Arbeitswelt braucht ei-
11ne Antwort auf die Frage, wie wir Menschen zukünf-
12ftig beschäftigen. Arbeit ist Teilhabe an der Gesellschaft,
13nicht nur Existenzsicherung.

14
15 Mit Hilfe des solidarischen Grundeinkommens schaf-
16fen wir soziale Sicherheit für Arbeitslosengeld-II-
17Bezieherinnen und Bezieher durch fair bezahlte Arbeit
18für zusätzliche Tätigkeiten in stadtdgesellschaftlich
19relevanten Feldern. Gute Arbeit, insbesondere in Form
20von Existenzsicherung und sozialer Anerkennung,
21wird mit der Organisation gesellschaftlich notwendige
22Tätigkeiten verbunden. So können bestimmte notwen-
23dige Dienstleistungen vor allem auch für diejenigen
24erbracht werden, die sie benötigen, aber bisher nicht
25bezahlen konnten.

26
27 Ziel sind sozialversicherungspflichtige, unbefristete, ta-
28rifvertraglich abgesicherte und freiwillig abgeschlos-
29sene Arbeitsverhältnisse, welche mindestens in Hö-
30he des Mindestlohns bezahlt werden. Die Stellen wer-
31den durch kommunale oder landeseigene Unterneh-
32men bzw. durch freie Träger im Auftrag des Landes an-
33geboten.

34
35 Wir wollen mit dem solidarischen Grundeinkommen
36soziale Sicherheit erreichen, kommunale Arbeitsan-
37gebote und Arbeitssuchende zusammenbringen und
38Übergänge in den Arbeitsmarkt verbessern.

39 40 **4. Urbane Polizei- und Sicherheitsarbeit**

41 Die Polizei kann Sicherheit im Inneren nur in einer ge-
42meinsam getragenen Verantwortung mit Politik, Ge-
43sellschaft und Bürgerinnen und Bürgern erfolgreich ge-
44stalten. Sicherheit entsteht auch durch soziales Vertrau-
45en und gemeinsamen Austausch.

46
47 Wir werden die Alltagssicherheit in Berlin durch eine
48starke Berliner Polizei und bezirkliche Ordnungsämter
49weiter verbessern. Die Bedingungen für eine leistungs-
50fähige, motivierte und gut ausgerüstete Polizei wurden
51geschaffen. Die Einstellungszahlen im Vollzugsdienst
52der Polizei und Feuerwehr haben wir deutlich erhöht;
53aktuell werden 800 zusätzliche Stellen für Polizistinnen
54und Polizisten geschaffen. Wir bringen die technische
55Infrastruktur und die persönliche Ausrüstung bei der
56Polizei auf den neuesten Stand und sorgen für eine gute
57Ausbildung sowie stetige Weiterqualifizierung des Per-
58sonals. Wir haben diesbezüglich in der aktuellen Legis-

1 laturperiode bereits zahlreiche Maßnahmen für ein si-
 2 cheres Berlin auf den Weg gebracht.

3
 4 Die Bemühungen um eine eigene Ausbildung der
 5 Außendienstkräfte der Ordnungsämter werden wir
 6 wieder aufnehmen und die Dienstzeiten an die Realitä-
 7 ten der Großstadt anpassen. Der Außendienst der Ord-
 8 nungsämter darf nicht nur im Ausnahmefall, sondern
 9 muss auch im Regelfall in den Nachtstunden tätig sein.

10
 11 Die Polizei ist ein wichtiger Akteur in unserer Präventi-
 12 onsstrategie. Mit den Präventionsbeauftragten der Po-
 13 lizeiabschnitte, die Arbeitsgebiete interkulturelle Auf-
 14 gaben (AGIA) der Direktionen und mit der Zentralstel-
 15 le beim Landeskriminalamt leistet die Polizei wichtige
 16 Beiträge zur Prävention durch ihre Arbeit für Schulen,
 17 Flüchtlingsunterkünfte, Moscheevereine und andere ziv-
 18 ilgesellschaftliche Akteure. Dabei hat die Zentralstelle
 19 des Landeskriminalamtes (LKA) die Koordinierungs- und
 20 Steuerungsfunktionen. Die Tätigkeit der Polizei in die-
 21 sem Feld ist vor dem Hintergrund der neuen Herausfor-
 22 derungen und wechselnden Bedürfnisse der Bürgerin-
 23 nen und Bürger stetig anzupassen.

24
 25 Wir werden zwei strategische Elemente der Haupt-
 26 stadtpolizei verstärken:

- 27 • Wir wollen eine Polizei, die noch stärker die Viel-
 28 falt der Menschen in der Stadt abbildet. Eine he-
 29 terogene Stadtbevölkerung braucht gegenseitige
 30 und wechselseitige Akzeptanz, auf deren Grundla-
 31 ge die gemeinsamen Normen umgesetzt werden.
 32 Eine moderne Polizei besteht deshalb aus Kolle-
 33 ginnen und Kollegen unterschiedlichen Alters, Ge-
 34 schlecht, Herkunft, religiöser und sexueller Orien-
 35 tierung.
- 36 • Wir wollen, dass die Polizeiarbeit die Verfolgung
 37 von Straftaten und Gefahrenabwehr mit einer auf
 38 „Bündnisarbeit“ ausgerichteten Prävention verbind-
 39 et. Perspektivisch wird mit der Förderung von
 40 räumlichen Präventionskonzepten – Gemeinwesen
 41 orientierte Polizeiarbeit – eine wichtige Säule einer
 42 Gesamtkonzeption zur Gewaltprävention weiter-
 43 entwickelt. Dabei entstehen belastbare Arbeitsbe-
 44 ziehungen zwischen Polizei und anderen Akteuren
 45 im Quartier (Schulen, Soziale Arbeit etc.), die bei-
 46 spielsweise gewaltfreie Konfliktbearbeitung zwi-
 47 schen unterschiedlichen Szenen und Milieus er-
 48 möglichen.

49
 50 **5. Prävention im Quartier stärken – Sozialraumzentrier-**
 51 **tes Handeln**

52 Wir wissen, dass sich die sozialräumlichen Megatrends
 53 Diversität und soziale Polarisierung in den Quartie-
 54 ren je nach räumlicher, sozialer und baulicher Lage
 55 durch unterschiedliche und spezifische Gewalt- und
 56 Kriminalitätsformen abbilden. So haben die Quartie-
 57 re in den randstädtischen Großsiedlungen andere Her-
 58 ausforderungen als die innerstädtischen Ausgehviertel

1 oder Quartiere, in denen eine zunehmende Gentrifizie-
2 rung zu beobachten ist. Diese wiederum unterscheiden
3 sich in der Sozial- und Sicherheitslage von Quartieren
4 mit hoher Zuwanderung von jenen mit beispielsweise
5 Einfamilienhaussiedlungen.

6
7 Die zunehmende Privatisierung von Sicherheit erhöht
8 die Gefahr, dass Zugänge zu Sicherheitsleistungen in
9 der Stadt ungleich verteilt werden. Deshalb ist eine Un-
10 terstützung vor allem in jenen Quartieren notwendig,
11 die mit geringeren Ressourcen ausgestattet und durch
12 soziale Konflikte besonders betroffen sind. Quartiere
13 mit einer hohen Vernetzung von zivilgesellschaftlichen
14 Strukturen, Vereinen, Initiativen etc. entwickeln stärke-
15 re Ressourcen um produktiv mit Konflikten und neuen
16 Herausforderungen umzugehen – beispielsweise dem
17 Zuzug von Geflüchteten. Deshalb ist die Entwicklung le-
18 benswerter Nachbarschaften und Quartiere ein zentra-
19 ler Bestandteil der Prävention von Gewalt und Krimina-
20 lität.

21
22 Quartierbezogene Maßnahmen haben die Nachbar-
23 schaft und den Stadtteil zum Ausgangspunkt, um loka-
24 le Kräfte zu mobilisieren und sie in die Problembearbei-
25 tung durch eine Vielzahl unterschiedlicher Handlungs-
26 formen einzubinden: Bündelung vorhandener Ressour-
27 cen, Kontakte in bestimmte Milieus, Projektarbeit, Bil-
28 dungsveranstaltungen und konkrete Fallarbeit.

29
30 Die Zusammenarbeit von Akteuren des Sozialraums wie
31 Polizei, Jugendhilfe, Zivilgesellschaft und Quartiersma-
32 nagement kann integrative Konzepte der Gewaltprä-
33 vention wesentlich befördern.

34
35 Drei Maßnahmen werden wir hierfür umsetzen:

- 36 • Das „Berliner Monitoring Jugendgewaltdelin-
37 quenz“ wird zu einem allgemeinen Monitoring
38 von Gewalt in den Berliner Quartieren weiterent-
39 wickelt, um eine quartierspezifische Erfassung,
40 Beschreibung und Analyse von Gewalt- und Kri-
41 minalitätsproblemen und ihrer Prävention zu
42 gewährleisten.
- 43 • Wir machen eine Vielzahl von Präventionskonzep-
44 ten und das Erfahrungswissen allgemein zugäng-
45 lich. Dazu wird auch eine Bestandsaufnahme gehö-
46 ren, die insbesondere die sozial-räumlichen gewalt-
47 präventiven Strategien, Projekten, Maßnahmen der
48 verschiedenen Senatsverwaltungen (z.B. Quartiers-
49 management/Soziale Stadt) aufzeigt, um Synergi-
50 en von sozial-räumlichen Konzepten der Gewalt-
51 und Kriminalitätsprävention zu ermöglichen.
- 52 • Präventionsräte oder vergleichbare Arbeitsgremi-
53 en werden in allen Berliner Bezirken eingerich-
54 tet um Konzepte zur Umsetzung sozialräumlicher
55 Gewalt- und Kriminalitätsprävention zu entwickeln
56 und umzusetzen. Unterstützt werden sie durch die
57 Landeskommission Berlin gegen Gewalt.

58

1 6. Demokratische Kultur schafft Sicherheit

2 „Mehr Demokratie wagen“ und „Demokratie leben“
3 bleiben bei aller Gefährdung durch politischen und reli-
4 giösen Radikalismus und Rechtspopulismus unsere Leit-
5 linien. Unsere zahlreichen Ansätze und Maßnahmen zur
6 politischen Teilhabe von verschiedenen gesellschaftlichen
7 Gruppen bei Stadtentwicklungsprojekten durch
8 Quartiers- und Mieterräte sind Teil einer lebendigen de-
9 mokratischen Kultur. Wir brauchen diese Formen der
10 Beteiligung; genauso wie die zivilgesellschaftlichen In-
11 itiativen für die Weiterentwicklung des städtischen Ge-
12 meinwesens, die Lösung der aktuellen Herausforderun-
13 gen der Stadt und den Ausgleich der unterschiedlichen
14 Interessen der verschiedenen Lebensstilgruppen
15 der Stadt.

16
17 Zentral für eine demokratische Kultur ist der Abbau von
18 Diskriminierung: Zur Stärke des Rechts gehören Schutz
19 und Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, der Grundrech-
20 te und der Verhältnismäßigkeit. Absolute Sicherheit
21 gibt es nicht um den Preis der Freiheit. Daher werden
22 wir bei allen geeigneten präventiven und repressiven
23 Maßnahmen abwägen, ob sie im Einzelfall erforderlich
24 und in Bezug auf den angestrebten Zweck angemessen
25 sind. Das gilt besonders für das Persönlichkeitsrecht,
26 das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sowie
27 für das Recht auf Privatheit. Wir wenden uns gegen
28 jeden gruppenbezogenen Generalverdacht. Racial Pro-
29 filing lehnen wir ab.

30
31 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Angrif-
32 fe von Extremistinnen und Extremisten auf unsere De-
33 mokratie bekämpfen wir konsequent mit allen gebo-
34 tenen rechtsstaatlichen Mitteln und mit Prävention.
35 Unsere Demokratie braucht eine Kultur gleichen Re-
36 spekts für alle Menschen! Deshalb verbessern wir den
37 Schutz vor Diskriminierung durch ein eigenes Landesan-
38 tidiskriminierungsgesetz und die Konkretisierung des
39 Partizipations- und Integrationsgesetzes. Wir stärken
40 die Zivilgesellschaft, in dem wir das Landesprogramm
41 „Demokratie. Vielfalt. Respekt – gegen Rechtsextremis-
42 mus, Rassismus und Antisemitismus“ deutlich ausbau-
43 en.

44
45 Mit dem Berliner Landesprogramms Radikalisierungs-
46 prävention reagieren wir auf die spezifischen Gefahren
47 islamistischer bzw. salafistischer Radikalisierung jun-
48 ger Menschen. Wichtige Ziele sind neben der Aufklä-
49 rung über propagandistische Vorgehensweisen und Re-
50 krutierungsmethoden radikaler Gruppierungen, die ge-
51 schlechterspezifische Aufklärung über die Folgen von
52 Radikalisierung und der Ausreise in Krisengebiete und
53 Umkehr von Radikalisierungsprozessen und Deradika-
54 lisierung in sicherheitsrelevanter Einzelfällen. Erfolgrei-
55 che Ansätze und Projekte wollen wir verstetigen. Auch
56 in diesem Feld spielt die soziale und persönliche Sicher-
57 heit der von Radikalisierung betroffenen meist jungen
58 Menschen eine gewichtige Rolle. Denn wir wissen, dass

1 orientierungslose und abgehängte junge Menschen be-
 2 sonders zugänglich für radikale Einstellungen sind. Un-
 3 ser Ziel ist es, die Grundlagen für die Rekrutierung und
 4 Radikalisierung abzubauen.

5
 6 **7. Kinder, Jugendliche und ihre Familien – Sicher in die**
 7 **Zukunft**

8 Kinder, Jugendliche und ihre Familien brauchen sichere
 9 Lebensbedingungen, die selbstbestimmte Lebensent-
 10 scheidungen und gelingende Alltagsbewältigung er-
 11 möglichen. Kinder und Jugendliche sind auch Opfer von
 12 Jugendgewalt und von gewaltausübenden Eltern. Sie
 13 haben einen Anspruch auf Schutz und Hilfe. Eigene
 14 Gewalterfahrungen und Armut sind Risikofaktoren für
 15 späteres Gewaltverhalten.

16
 17 Bildung bleibt weiterhin, und ganz besonders in einer
 18 zunehmend digitalisierten Welt, der Schlüssel zur so-
 19 zialen Sicherheit. Die Abhängigkeit des Bildungserfolg
 20 und von der sozialen Herkunft muss durchbrochen wer-
 21 den. Eine Voraussetzung ist geschaffen: die Gebühren-
 22 freiheit unserer Bildungseinrichtungen von Kita bis zur
 23 Hochschule. Wir investieren bereits jetzt in Schulanie-
 24 rungen, Ganzttag, Inklusion und Digitalisierung der öf-
 25 fentlichen Schulen. Unsere Schulbauoffensive mit einer
 26 überdurchschnittlichen Inklusions- und Ganztagsquote
 27 ist bundesweit einzigartig. Digitalisierung, interkultu-
 28 relle Öffnung, Inklusion und eine gute, praxisorientierte
 29 Berufs- und Studienorientierung sind fester Bestandteil
 30 der Schulkonzepte. Schulen mit besonderen Herausfor-
 31 derungen erhalten mehr Mittel.

32
 33 In Berlin besteht ein messbarer Zusammenhang zwi-
 34 schen der sozialen Lage in den Kiezen und ihrer Belas-
 35 tung mit Jugendgewalt. Zusätzlich zu sozialen Benach-
 36 teiligungen unterliegen armutsbetroffene Kinder und
 37 Jugendliche damit auch einem erhöhten Risiko, Gewalt
 38 und Kriminalität ausgesetzt zu sein. Die Vermeidung
 39 von Armut muss bei den Kindern beginnen. Deshalb
 40 bringt der Senat ein Programm zur Reduzierung der Kin-
 41 derarmut auf den Weg, das gezielte Maßnahmen in al-
 42 len Politikbereichen umfassen. Von der „Frühen Hilfe“
 43 rund um die Geburt, den Stadtteilmüttern, einem flä-
 44 chendeckendem Kita-Angebot, verlässlichen Ganztags-
 45 schulen, Schulsozialarbeit, freier Jugendarbeit bis zu Ju-
 46 gendberufsagenturen und Familienbildung. Wir unter-
 47 stützen dabei insbesondere Alleinerziehende und auf
 48 dem Arbeitsmarkt benachteiligte Eltern mit leistungs-
 49 fähigen Anlaufstellen. Auf der Bundesebene setzen wir
 50 uns für eine allgemeine Kindergrundsicherung ein. Das
 51 Kindergeld darf nicht mehr auf Sozialleistungen ange-
 52 rechnet werden.

53
 54 Besonders bewährt hat sich die interdisziplinäre Ab-
 55 stimmung der Arbeit am Thema Kinder- und Jugendde-
 56 linquenz in Berlin durch die Landeskommision Berlin
 57 gegen Gewalt, die ressortübergreifende Arbeitsgruppe
 58 Kinder- und Jugenddelinquenz (RüAG) und die Arbeits-

1 stelle Jugendgewaltprävention. Eine Herausforderung
2 bleiben Mehrfach- und Intensivtätern und -täterinnen.
3 Wir wollen hier den Ansatz der täterorientierten Er-
4 mittlungsarbeit (TOE) und „Staatsanwaltschaft für den
5 Ort“ stärken. Ziel ist es, möglichst frühzeitig im Lebens-
6 lauf der mehrfach aufgefallenen jungen Tatverdächti-
7 gen eine konsequente und verdichtete polizeiliche und
8 im weiteren Verlauf ggf. staatsanwaltschaftliche Reak-
9 tion zu ermöglichen.

10
11 Wir wollen das neue Berliner Programm gegen Gewalt
12 an Schulen durch finanzielle Unterlegung stärken, um
13 Gewaltprävention, Demokratiepädagogik und Beteili-
14 gung von Schülerinnen und Schülern und Eltern als
15 integrale Bestandteile der Schulentwicklung zu stär-
16 ken und die Implementierung entsprechender Vorga-
17 ben des Rahmenlehrplans gezielt zu unterstützen.

18
19 **8. Landesweite Strategie gegen Kriminalität und Ge-**
20 **walt**

21 Organisierte Kriminalität, terroristische Bedrohung und
22 Intensivtäterinnen und -tätern sind die Herausforde-
23 rungen, die eine schnelle und effektive Strafverfolgung
24 und Gefahrenabwehr in der Stadt erfordern. Wir wer-
25 den eine landesweit abgestimmte Strategie gegen Kri-
26 minalität, Bedrohung durch Gewalt und durch nega-
27 tive Entwicklungen in bestimmten Brennpunktgebie-
28 ten der Stadt entwickeln. Die Gewährleistung von Si-
29 cherheit und Ordnung in öffentlichen Verkehrsmitteln,
30 im Straßenverkehr und in öffentlichen Grünanlagen
31 hat für uns eine hohe Priorität. Eine stärkere ressort-
32 übergreifende Zusammenarbeit der Ordnungsbehör-
33 den werden wir unter der Berücksichtigung von Daten-
34 schutzstandards sowie persönliche Freiheitsrechten er-
35 möglichen.

36
37 Um der organisierten Kriminalität konsequent die Stirn
38 zu bieten müssen Standards und bessere Möglichkeiten
39 des Austausches von Wissen und Daten entwickelt wer-
40 den. Dies betrifft insbesondere die Nachverfolgung und
41 Austrocknung von Geld- und Finanzströmen in den Ge-
42 schäftsfeldern der organisierten Kriminalität. Wir for-
43 dern ein zentrales deutschlandweites Immobilienregis-
44 ter, um Geldwäsche bekämpfen zu können.

45
46 Wir unterstützen ein schnelleres und konsequenteres
47 Ahnden von Straftaten. Wir stärken die Berliner Justiz
48 und den Justizvollzug, indem wir sie besser mit Personal
49 ausstatten und eine schnellere Bearbeitung von Straf-
50 verfahren ermöglichen. Die Möglichkeiten der besseren
51 Beweissicherung werden wir ausschöpfen. Dazu gehört
52 auch die Einführung der Videoüberwachung an ausge-
53 wählten kriminalitätsbelasteten Orten. Diese kann bei
54 der Ermittlung von Täterinnen und Tätern hilfreich sein,
55 jedoch darf sie nur anlassbezogen und temporär (mo-
56 bile Videotechnik) eingesetzt werden. Eine flächende-
57 ckende und anlasslose Videoüberwachung ist nicht ziel-
58 führend und steht nicht mit einer grundrechtsfreund-

1 lichen Sicherheitspolitik im Einklang. Die Wirkung von
2 Videoüberwachung an den ausgewählten Orten wird
3 evaluiert und daraus entsprechende Schlussfolgerun-
4 gen gezogen.

5
6 Terrorismus und Katastrophen vorzubeugen sind vor-
7 dringliche Aufgaben der Sicherheitspolitik. Wir verstär-
8 ken die Vorsorge durch bessere Infrastruktur, schnelle-
9 ren Datenaustausch und gezieltes Einsatztraining der
10 Sicherheitskräfte. Wir sorgen für optimale Vernetzung
11 und Handlungsfähigkeit aller Sicherheitsbehörden im
12 Katastrophenfall. Dazu gehören für uns auch ein umfas-
13 sender Opferschutz sowie die Wahrung von Persönlich-
14 keitsrechten von Unbeteiligten. Wir werden nicht zu-
15 lassen, dass die Gefahr durch Terrorismus die Freiheits-
16 rechte kollektiv beschneidet.

17
18 Gemeinsam mit dem Bund und anderen Ländern schaf-
19 fen wir die Voraussetzungen für konsequentes und ge-
20 zieltes Vorgehen gegen Terrorismus, ohne ganze Perso-
21 nengruppen unter Generalverdacht zu stellen. Als Kon-
22 sequenz aus den Erfahrungen der letzten Jahre wer-
23 den wir in Berlin die verschiedenen operativen Ein-
24 satzkräfte und das für islamistischen Terrorismus zu-
25 ständige Staatschutzdezernat gemeinsam an einem
26 Standort unterbringen, um die Kommunikation und
27 Abstimmung zwischen den einzelnen Akteuren in der
28 Terrorismus-Abwehr zu verbessern.

29 30 **9. „Urbane Sicherheit“ – Weil Sicherheit mehr ist als Ab-** 31 **wesenheit von Gewalt!**

32 Das Verständnis von Sicherheit muss um den Fak-
33 tor sozialer Bedingungen erweitert werden. Die
34 Schnittmenge der Handlungsfelder der Sozial-,
35 Jugend-, Arbeitsmarkt-, Wohnungs-, Gesundheits-,
36 Infrastruktur- und Bildungspolitik ergibt einen ganz-
37 heitlichen Ansatz stadtgesellschaftlicher Sicherheits-
38 konzeption, die wir als Urbane Sicherheit bezeichnen
39 und der wir uns verpflichten werden.

40
41 Die Berliner SPD steht für die Urbane Sicherheit, die per-
42 sönliche Sicherheit vor Gewalt und Kriminalität und So-
43 ziale Sicherheit verbindet. Wir wollen Urbane Sicherheit
44 für aller Berlinerinnen und Berliner in ihrer Verschie-
45 denheit und unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Ein-
46 kommen, Alter, Gesundheit, kulturellem Hintergrund,
47 religiöser oder sexueller Orientierung gewährleisten,
48 um allen ein selbstbestimmte Leben zu ermöglichen.
49 In einer dynamischen Stadtgesellschaft mit Wachstum,
50 Vielfalt und sozialer Polarisierung ist Urbane Sicherheit
51 eine unserer zentralen Herausforderungen, der wir uns
52 stellen werden. Nur eine Stadt, die soziale und persön-
53 liche Sicherheit miteinander in Einklang bringt, die die
54 dazu notwendigen öffentlichen Güter allen Bürgerin-
55 nen und Bürgern verlässlich zur Verfügung stellt und
56 damit verstärkenden Spaltungs- und Verunsicherungs-
57 tendenzen entgegenwirkt, ist eine solidarische Stadtge-
58 sellschaft.